

ist heute von dem Herrn Minister-Präsidenten nach heraus erklärt, daß die Regierung nach der Richtung hin entgegenkommen wird, daß wir alle Kräfte daran setzen werden, diese Materie — wie ich hoffe — mit der Generaltagung im nächsten Herbst in Ordnung zu bringen und in dem nächsten Jahre Ihnen einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Wir haben über den ersten Gegenstand der Tagesordnung heute leichthin verhandelt, aber die, welche die Geschichte des zuerst behandelten Gegenstandes kennen, werden sich erinnern, werden wissen, was in demselben enthalten ist. Mit dieser gesetzgeberischen Maßregel und mit der Erklärung des Herrn Minister-Präsidenten vom 24. Januar schließt meines Erachtens eine neue Periode für die evangelische Kirche an, und das ist der verklärte Bischof, der auf meine Tätigkeit fällt.

Nachdem Graf Limburg im Namen eines Teiles der Konservativen die Bereitwilligkeit erklärt hat, über die Vorlage zu verhandeln, während andere Redner (Stöcker, v. Jellich) sie völlig ablehnen, wird sie an eine Kommission verwiesen.

24. Januar. (Reichstag.) Die Abgg. Auer und Gen. (sozialdemokratische Partei) bringen im Reichstage den Antrag ein: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Uebernahme der Verwaltung und des Eigentums des Apothekenwesens durch das Reich herbeigeführt wird. Dem Antrage sind folgende Motive beigegeben:

„Der Uebergang des Apothekenwesens in Reichsverwaltung und Reichseigentum ist die notwendige Konsequenz der Gesetze über Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung.“

Das Reich soll mit der Verwaltung und Besignahme des Apothekenwesens kein fiskalisches Interesse verfolgen, sondern die Medicamente zum Selbstkostenpreise verabreichen.“

30. Januar. (Stuttgart.) Die Abgeordnetenversammlung nimmt mit 70 gegen 13 Stimmen die Verwaltungsreformvorlage an, durch welche die Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher beibehalten, aber deren Absetzbarkeit durch Schaffung eines Disziplinarhofs für Beamte von Körperschaften erleichtert wird.

31. Januar. Eine Einladung mit 1300 Unterschriften aus allen Teilen Deutschlands fordert auf, dem „Volkverein für das katholische Deutschland“ beizutreten. Der Zweck des Vereins ist, die Irrtümer und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiet zu bekämpfen.

31. Januar. Im Hinterlande von Kamerun findet ein Gefecht statt zwischen den Europäern (Forschungs- und Handelsexpedition unter Zintgraf) vereint mit 5000 Wallis und feindlichen Stämmen. Die Europäer müssen sich zurückziehen.

Anf. Februar. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ ver-